

# Neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung – global, monopolistisch, produktiv?

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Arno Brandt, Ole Erdmann und Thilo Scholle<sup>1</sup>



Foto: jijomathai © - fotolia.com

Der mit über 1000 TeilnehmerInnen erfolgreiche Kongress „Digitaler Kapitalismus – Revolution oder Hype?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und spw, dem DGB, der Hans-Böckler-Stiftung, dem Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit sowie weiteren progressiven Zeitschriften<sup>2</sup> am 2./3. November 2017 hat einen wichtigen Impuls für das Wiederaufleben einer Kapitalismuskritik im Umfeld der Sozialdemokratie gegeben. Eine gelungene Mischung aus wissenschaftlich-intellektuellen Beiträgen sowie der Kommentierung und Diskussion mit politischen EntscheidungsträgerInnen aus der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften (wie etwa Andrea Nahles, Reiner Hoffmann, Lars Kling-

beil oder Carsten Sieling) hat den großen Wert der Konferenz ausgemacht. In den Beiträgen auf der Konferenz wurden die verschiedenen Analysen und Einschätzungen in der internationalen progressiven politischen und wissenschaftlichen Szene zur aktuellen Verfasstheit des Kapitalismus und zur Bedeutung der digitalen Transformation deutlich (vgl. Kongressbericht von Arno Brandt in spw 223 sowie die Beiträge von Krätke und Kremer in spw 224).

Mit diesem Heft wollen wir die Debatten des Kongresses aufgreifen und weiterführen. Besonders soll es dabei zum einen um die Vertiefung der Debatte gehen, ob die neuen Kapitalismformationen Grundlage für eine potenzielle Prosperitätskonstellation darstellen; und wenn ja, wie diese durch politische Gestaltung seitens der Sozialdemokratie für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche genutzt werden kann. Die Linke hat in ihrer Geschichte in weiten Teilen die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus

<sup>1</sup> Dr. Arno Brandt ist Regionalökonom und lebt in Lüneburg.

Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

<sup>2</sup> „Blätter für deutsche und internationale Politik“, „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“, „social europe“ und „Berliner Republik“

unterschätzt. „Spätkapitalismus“ und „das letzte Stadium“ sind Signaturen einer Denkweise, die den Untergang der kapitalistischen Ökonomie prognostiziert. Mit dieser Vorhersage haben sich ihre VertreterInnen jedoch immer wieder von Neuem blamiert, da sie niemals eingetroffen ist. Mit dem Abgang des Kapitalismus sollten wir auch in der gegenwärtigen Phase sinkender Produktivitätszuwächse Vorsicht walten lassen. Selbst bei relativ geringen Zuwächsen, die die These von der „Säkularen Stagnation“ untermauern, hat sich das kapitalistische System insgesamt als durchaus lebensfähig erwiesen, wenn auch lange Jahre nie dagewesene Wirtschaftskrisen, regionale Disparitäten und strukturelle Umbrüche seine Entwicklungspfade geprägt haben. Es könnte in den westlichen Industrieländern aber auch alles ganz anders kommen und sich infolge der digitalen Transformation eine neue Prosperitätskonstellation herausbilden, die die Verteilungsspielräume erweitern und die Finanzierung des Sozialstaats deutlich erleichtern könnte. Niemand verfügt über eine Glaskugel, die zeigen könnte, wohin die Reise in der digitalen Transformation geht. Wovon wir aber ausgehen dürfen, ist die Erkenntnis, dass wir den Wandel selbst mitgestalten können. Dafür brauchen wir gute Analysen und politische Gestaltungskonzepte.

*Hagen Krämer* und *Kurt Hübner* deuten die Spannweite an, in der kritische Ökonomen heute die Entwicklungsperspektiven des digitalen Kapitalismus analysieren. Die Konsequenzen für die politische Praxis liegen auf der Hand: entweder wir steuern auf eine neue Prosperitätskonstellation zu, die auch ein neues sozialdemokratisches Projekt innerhalb des kapitalistischen Entwicklungskorridors ermöglicht (was die Entwicklung von Sektoren, die über kapitalistische Verwertungslogiken hinausweisen, nicht ausschließt) oder wir richten uns auf eine lange Phase stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung mit zunehmenden Krisentendenzen und sozialen Verwerfungen ein. Die zweite Variante dürfte wahrscheinlich mit dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen, autoritären Herrschaftsformen und robusten gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen verbunden sein.

Bei der Gestaltung der aktuellen Kapitalismusformation in den wirtschaftlichen Zentren spielt nicht zuletzt die Bekämpfung der digitalen Monopolmacht einzelner zentraler Konzerne eine entscheidende Rolle. Wie sich diese derzeit entwickeln, damit setzt sich der Beitrag von *Ulrich Dolata* auseinander. Wir beschäftigen uns zudem mit der Frage, inwieweit sich international stark divergierende Kapitalismusmodelle bzw. Regulationsregime herausgebildet haben, und wie diese die globale Entwicklung beeinflussen. Dazu betrachtet *Florian Butollo* den Fall China, der exemplarisch für einen staatskapitalistischen Weg steht, die Digitalisierung im Interesse der herrschenden autoritären Elite zu nutzen und gleichzeitig wirtschaftliche Dynamik zu fördern. *Jochen Steinhilber* weitet den Blick über China hinaus und vergleicht die Entwicklung der verschiedenen Kapitalismusformationen im globalen Kontext mit besonderem Fokus auf die Entwicklungs- und Schwellenländer aber auch deren Einbindung in die globalen Wertschöpfungsketten. *Jan Dieren* legt in seinem Beitrag dar, dass sich im Zuge der digitalen Transformation des aktuellen Kapitalismus neue Perspektiven für eine emanzipatorische Entwicklung ergeben. Er ordnet seine Überlegungen zunächst historisch-theoretisch ein und legt ausgehend von einer Analyse der Arbeitswelt im digitalen Kapitalismus dar, wo progressive Potenziale liegen.

Die Debatte rund um die Entscheidung, ob die SPD erneut in eine große Koalition auf Bundesebene eintreten soll, hat aus unserer Sicht gezeigt, wie stark ausgeprägt die inhaltlich-programmatische Orientierungslosigkeit der Sozialdemokratie derzeit ist. Viele Akteure in und um die Sozialdemokratie verstehen die SPD – sei es bewusst oder unbewusst – als Kartellpartei<sup>3</sup>, also als Partei, deren vorrangige Funktion das Erlangen staatlicher Ämter und Ressourcen ist. Vor dem Hintergrund des Wandels der klassischen und (potenziellen) neuen gesellschaftlichen Unterstütermilieus der SPD und der Frage, durch welche Politik

<sup>3</sup> Peter Mair, Richard S. Katz: *Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, Jg. 1 (1995), Heft 1, S. 5–28.

und Diskursführung diese denn zu gewinnen sein könnten, wird die strategische Ratlosigkeit offensichtlich. Nun ist für die nächsten Monate zum einen durch den Eintritt in die große Koalition die strategische Positionierung der Sozialdemokratie entschieden. Der Druck, sich trotz Regierungsbeteiligung inhaltlich neu aufzustellen und auch vom Koalitionspartner und dem gesellschaftlichen Mainstream abzugrenzen, bleibt jedoch hoch. Anders als 2013 scheint aber wohl auch den meisten in den Führungsgremien und an der Basis der Partei klar geworden zu sein, dass nun ein „weiter so“ nicht mehr reicht, um sich mittel- und langfristig noch als eine relevante politische Kraft in Deutschland und Europa zu behaupten.

Aus unserer Sicht ist klar, dass es ohne ein tieferes Verständnis von den Wandlungsprozessen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, in dem wir leben und der Dynamiken, die ihre künftige Entwicklung prägen, keine sinnvolle Erneuerung der SPD und der Sozialdemokratie in Europa insgesamt geben kann. So sind verschiedene Initiativen innerhalb der Sozialdemokratie durch Form und Verfahrensfragen geprägt, die freundlich formuliert, diese analytischen Fragen offenlassen und natürlich auch keinerlei inhaltliche Angebote oder Orientierungen geben können. Positiv gewendet hat die Debatte rund um den Mitgliederentscheid auch gezeigt, wie groß der Bedarf an inhaltlicher Neuorientierung ist und wie engagiert immer noch zahlreiche unterschiedliche Gruppen, Ehren- wie Hauptamtliche, GewerkschafterInnen, neu politisierte junge wie alte Menschen, aber auch viele der Sozialdemokratie lang verbundene Köpfe um das Schicksal und die Perspektiven dieser Partei ringen. Wir sind daher verhalten optimistisch, was den viel beschworenen Erneuerungsprozess der SPD angeht. Nicht zuletzt hat unsere Mitherausgeberin Andrea Nahles sowohl auf dem o.g. Kongress zum Digitalen Kapitalismus, kurz nach ihrer Wahl zur neuen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, wie auch jetzt, im Zuge ihrer Kandidatur für den SPD-Parteivorsitz öffentlich<sup>4</sup> deutlich gemacht, wie wichtig ihr

die Auseinandersetzung um eine aktuelle Kapitalismusanalyse und -kritik ist. Freilich nicht – wir sind schließlich SozialdemokratInnen – zu dessen kurzfristiger Überwindung, aber doch, um zu einem besseren Verständnis der derzeit wirkenden „Bewegungsgesetze“ der aktuellen ökonomischen und politischen Verhältnisse zu kommen.

Aufgrund der großen Resonanz des ersten Kongresses 2017 und dessen nachhaltiger inhaltlicher Ausstrahlung mit vielen anschließenden Veröffentlichungen und Veranstaltungen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit spw und den übrigen Partnern beschlossen, auch 2018 einen Kongress zum Digitalen Kapitalismus durchzuführen. Dieser soll am 6. und 7. November in Berlin stattfinden. In Hannover werden am 21. September 2018 auf einer regionalen Konferenz die Fragen der Prosperitätskonstellation, der Monopolbildung und der strategischen Antworten der Sozialdemokratie diskutiert werden. Die FES Niedersachsen, das Forum für Politik und Kultur e.V. sowie u. a. auch die spw veranstalten diese Konferenz. Auch in Nordrhein-Westfalen soll im Rahmen der FES-Reihe progress-NRW ein vertiefender Workshop mit jungen WissenschaftlerInnen und Aktivisten noch in diesem Jahr stattfinden. Die spw würde sich freuen, wenn in weiteren Bundesländern vergleichbare Veranstaltungen stattfinden würden und unterstützt regionale Akteure gern bei der Vorbereitung. Denn für uns ist eines klar: die linke Erneuerung der SPD wird nur durch eine engagierte Debatte in der Breite der Partei und der Gesellschaft gelingen. Diese Aufgabe dürfen wir nicht Regierungsapparaten und hauptamtlichen Funktionsträgern der Partei überlassen. ■

<sup>4</sup> Vgl. Interview in „Die Presse“ gemeinsam mit SPÖ-Vorsitzenden Christian Kern am 25. März 2018